

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses  
am Freitag, dem 30.11.2007, im Ausschusszimmer des Kreishauses  
Warendorf (4. OG, Zi. 570)**

**Beginn: 08:30 Uhr  
Ende: 09:45 Uhr**

			Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Bericht zur Haushaltssituation 2007	<b>159/2007</b>	<b>4</b>
2.	Erlass eines Teiles der Kreisumlage	<b>160/2007</b>	<b>5</b>
3.	Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kindergarten-Beitragssatzung)	<b>126/2007</b>	<b>6</b>
4.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2008 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	<b>161/2007</b>	<b>7</b>
5.	Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2008 mit Haushaltsplan und Anlagen	<b>162/2007</b>	<b>8</b>

- |           |  |                 |           |
|-----------|--|-----------------|-----------|
| <b>6.</b> | Bericht zur Entwicklung des Gebührenhaushalts "Rettungsdienst" | <b>163/2007</b> | <b>10</b> |
| <b>7.</b> | Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2006    | <b>164/2007</b> | <b>11</b> |

### **Anlagen**

- Anlage 1      Vorschlag zum Ausgleich des Haushalts 2008

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>	
Bürsmeier-Nauert, Mechtild	
<b>Ausschussmitglieder</b>	
Buschkamp, Franz-Josef	
Gutsche, Guido	
Holtermann, Carl	
Juli, Reimund	
Kaup, Winfried	
Krause, Winfried	
Kreft, Peter	
Möllmann, Rolf	
Neumann, Jochem	
Northoff, Robert	
Oertker, Herbert	
Pries, Wilhelm	
Stakenkötter, Catrin	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Arnkens-Homann, Dagmar	Vertretung für Herrn Norbert Bing
<b>von der Verwaltung</b>	
Boeckmann, Inge	
Börger, Heinz Dr.	
Funke, Stefan Dr.	
Hansen, Peter Dr.	
Kemper, Friedrich	
Prinz, Rudolf	

Frau Bürsmeier-Nauert eröffnet um 8.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 16.11.2007 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

**I. Öffentlicher Teil****1. Bericht zur Haushaltssituation 2007****159/2007**

Herr Dr. Funke erläutert den zweiten auf das NKF basierenden Finanzstatusbericht.

Die Gestaltung des Berichtes soll weiter optimiert werden. Zukünftig soll sich der Bericht stärker auf die wesentlichen Zahlen fokussieren und so an Übersichtlichkeit gewinnen.

Die Aussage des Finanzstatusberichts ist weiterhin positiv. Auch unter Berücksichtigung des vorgeschlagenen Erlasses von Kreisumlage i.H.v. 4.137.003,12 € rechnet Herr Dr. Funke mit einem positiven Ergebnis. Es könnte ein Jahresüberschuss in einer Größenordnung von 0,5 bis 1,0 Mio. € erreicht werden. Im Jahresabschluss ist aber noch mit Auswirkungen der neuen Rechnungslegung nach dem NKF zu rechnen. So zeichnen sich z.B. Verschiebungen aufgrund der Abgrenzung von Instandhaltungsaufwendungen zu Herstellungsaufwendungen bei kleineren Baumaßnahmen ab.

Neben der erhöhten Ausgleichszahlung des Landes für den Fortfall des Wohngeldes (6,9 Mio. € statt veranschlagter 2,8 Mio. €) ergeben sich weitere wesentliche Veränderungen zur Haushaltsplanung im Sozial- und Jugendhilfebereich. Steigenden Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt (+ 430 T€) und der Grundsicherung im Alter (+ 900 T€) stehen Einsparungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Netto: - 1,3 Mio. €) und bei den Erzieherischen Hilfen (- 300 T€) gegenüber.

Herr Oertker erkundigt sich nach den gestiegenen Aufwendungen für das Produkt 010330 „Rechtsberatung und Vertretung“.

Herr Dr. Funke erklärt, dass aufgrund einer gestiegenen Anzahl von Rechtsstreitigkeiten verstärkt Rechtsanwälte mit der Vertretung des Kreises oder mit der Erstellung von Gutachten beauftragt wurden. Es seien daher organisatorische Anpassungen geplant. Das Büro für Rechtsangelegenheiten mit derzeit nur einem Juristen könnte wieder zu einem Rechtsamt ausgebaut werden.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**2. Erlass eines Teiles der Kreisumlage****160/2007**

Herr Dr. Funke berichtet von einer spürbar positiven Resonanz der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf auf den beabsichtigten Erlass von Kreisumlage, da eine solche Vorgehensweise im Land auch nicht überall anzutreffen sei.

Herr Neumann begrüßt den Beschlussvorschlag. Er macht aber auch deutlich, dass eine Teilung der zusätzlichen Mittel aus der Ausgleichszahlung zwischen dem Kreis und den Städten und Gemeinden ein gangbarer Weg gewesen wäre, um so die Entschuldung des Kreises voranzutreiben.

Herr Kreft und Herr Kaup betonen die Gemeindefreundlichkeit des vorgeschlagenen Erlasses. Der Erlass sei nach Auffassung von Herrn Kaup auch deshalb besonders hoch einzuschätzen, weil der Kreis Warendorf zuletzt erhebliche Liquiditätskredite in Anspruch nehmen musste.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Kreis Warendorf erlässt allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Jahr 2007 einen Teil der Kreisumlage, und zwar insgesamt einen Betrag i.H.v. 4.137.003,12 €.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

3.	<b>Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kindergarten-Beitragssatzung)</b>	<b>126/2007</b>
----	---	-----------------

Frau Arnkens-Homann erkundigt sich, wann der Verwaltung genaue Zahlen zu einer möglichen Mehrbelastung aus der Umstellung auf das Kinderbildungsgesetz vorliegen.

Herr Juli ergänzt, dass dabei die gesamten Produktkosten – also auch die Verwaltungskosten - zu betrachten sind.

Herr Dr. Börger unterstreicht, dass die vorgeschlagene Satzung im wesentlichen auf eine konstante finanzielle Belastung von Eltern und Kreis abzielt. Das Elternbeitragsaufkommen soll weiterhin bei 16 % liegen. Bei den Verwaltungskosten könnte es sogar zu einer Entlastung kommen, da die Abrechnung mit den Kindertageseinrichtungen von der Spitzabrechnung auf eine pauschalierte Abrechnung umgestellt wird.

Herr Dr. Funke sieht einen einmaligen Verwaltungsmehraufwand aufgrund der Umstellung vor allem bei der Neufestsetzung sämtlicher Elternbeiträge. Hierzu dürften aber erst nach Abschluss der Umstellung im Herbst nächsten Jahres verlässliche Zahlen vorliegen.

Frau Stakenkötter erklärt ihre Unterstützung für die Vorlage.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kindergarten-Beitragssatzung) wird beschlossen. Die Satzung wird mit Wirkung vom 01.08.2008 in Kraft treten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

4.	<b>Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2008 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist</b>	<b>161/2007</b>
----	---	-----------------

Frau Stakenkötter erläutert den Verzicht, einen Antrag zur Senkung der Jagdsteuer zu stellen. Die angedachte Halbierung der Steuer würde zu Einnahmeausfällen von ca. 245.000 € führen. Ein entsprechender Spielraum wurde – ohne Verzicht auf die weitere Entschuldung des Kreises - nach Erörterung mit der Verwaltung nicht mehr gesehen.

Herr Kreft streicht die gemeindefreundliche Ausrichtung des Haushalt heraus. Trotz zum Teil kontroverser Diskussionen in den Fachausschüsse kann er daher dem Haushalt insgesamt zustimmen.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2008, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus dieser Sitzung ergeben, beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>5. Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2008 mit Haushaltsplan und Anlagen</b>	<b>162/2007</b>
---	-----------------

Herr Kreft erläutert den Gesamtantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.11.2007, der - von der Verwaltung nicht auf dem Postweg zugestellt - als Tischvorlage verteilt wurde. Der Gesamtantrag umfasst sechs Einzelpunkte, von denen sich die Anträge zum Innovativen Radwegebau, zum European Energie Award und zur Familienhebamme zwischenzeitlich erledigt haben, so dass hierzu keine gesonderte Abstimmung erforderlich sei.

Herr Dr. Börger macht die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Hebammen als einen Baustein des Frühwarnsystems beim Kreis Warendorf deutlich.

Frau Arnkens-Homann begrüßt die von Herrn Dr. Börger vorgestellten Aktivitäten als Maßnahmen im Sinne des SPD-Antrags.

Frau Bürsmeier-Nauert stellt die drei übrigen Anträge aus dem Gesamtantrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Abstimmung.

Antrag zur Auflage eines Programms „Energetische Altbausanierung“ (s. auch lfd. Nr. 2 der Antragsliste mit finanziellen Auswirkungen)

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen  
11 Nein-Stimmen

Antrag zur Auslobung von Preisen unter Einbeziehung von Sponsoren aus der Wirtschaft (s. auch lfd. Nr. 4 der Antragsliste mit finanziellen Auswirkungen)

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen  
10 Nein-Stimmen

Antrag zur Qualitätssicherung der über-Mittag-Verpflegung in Kitas für alle Kinder (s. auch lfd. Nr. 7 der Antragsliste mit finanziellen Auswirkungen)

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung  
8 Nein-Stimmen

Herr Dr. Funke weist auf zwei Änderungen in der mit Schreiben vom 28.11.2007 verschickten Änderungsliste der Verwaltung zu den Teilergebnisplänen hin. Die unter Punkt 14 aufgeführten Änderungen lt. Vorlage Finanzausschuss betragen nun + 1.100.000 € bei den Erträgen und + 347.800 € bei den Aufwendungen. Die Summen der Liste ändern sich dadurch auf 208.377.445 € (Erträge) und 209.132.645 € (Auf-



wendungen). Daraus ergibt sich ein Fehlbetrag von 755.200 €. Diese Finanzierungslücke ist im wesentlichen auf die Absenkung des Bundeszuschusses zu den Leistungen nach dem SGB II zurückzuführen. Eine Anhebung des Hebesatzes der Kreisumlage zum Ausgleich des Fehlbetrages möchte die Verwaltung vermeiden. Daher schlägt Herr Dr. Funke u.a. Änderungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Grundsicherung im Alter (Details s. Anlage) vor. Er ist sich bewusst, dass damit auch Risiken für den Haushalt 2008 aufgebaut werden.

Herr Neumann sieht insbesondere bei der Absenkung des Ansatzes für die Grundsicherung im Alter Gefahren.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen ergeben, werden beschlossen.
2. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2008 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

**Abstimmungsergebnis (zu 1 und 2):** einstimmig angenommen

3. Dem Ausgleichsvorschlag der Verwaltung (Anl. zum Protokoll) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis (zu 3):** 14 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

<b>6.</b>	<b>Bericht zur Entwicklung des Gebührenhaushalts "Rettungs- dienst"</b>	<b>163/2007</b>
-----------	---	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<b>7.</b>	<b>Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2006</b>	<b>164/2007</b>
-----------	--	-----------------

Herr Kemper erklärt, dass die Verwaltung mit dem Beteiligungsbericht die umfassende Information der Mitglieder des Kreistages sowie der Einwohner über alle bestehenden Beteiligungen des Kreises anstrebt. Er weist besonders auf zwei Aspekte hin:

1. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in ihrem Prüfungsbericht im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtung zur Berichterstattung auch auf regional bedeutende mittelbare Beteiligungen erstreckt. Diese Empfehlung, auch über diese mittelbaren Beteiligungen zu berichten, hat die Verwaltung aufgegriffen und erstmals auch Informationen über die wichtigsten Töchter der Abfallwirtschaftsgesellschaft – die ECOWEST, die Kompostwerk Warendorf GmbH, die Krumtüngr Entsorgung GmbH und die BEA, Beteiligungsgesellschaft der ESG und der AWG mbH – und die Enkelin der AWG, die BIOWEST, zusammengestellt.
2. Erwähnt im Gesamtüberblick über die Beteiligungen auf Seite 8 des Berichts sind die Noch-Beteiligungen an der Ausweg gGmbH und an der Regionale 2004 GmbH. Diese Gesellschaften befinden sich in der Liquidation. Eine Geschäftstätigkeit findet nicht mehr statt.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Mechtild Bürsmeier-Nauert  
Vorsitz

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer